



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
KAISERSLAUTERN



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 25, No. 11-12/2010

**abgeschlossen am
12. Dezember 2010**

	<u>Seite</u>
1. Obama-Administration handelt Steuerkompromiss mit Republikanern aus	1
2. Überparteiliche Kommission legt Empfehlungen zur Haushaltssanierung vor	3
3. Führende Republikaner verknüpfen Ratifikation des <i>New START</i>-Abkommens mit zügiger Modernisierung der Atomwaffen	5
4. Repräsentantenhaus gegen Schließung von <i>Guantánamo</i>	8
5. Geheimdienstausschuss kritisiert Nachrichtendienste	10
6. Verbesserte Aussichten für Verlängerung der Arbeitslosenhilfe	10
7. Eindrucksvoller Sieg der Republikaner in Repräsentantenhauswahlen	11
8. Demokraten verteidigen ihre Mehrheit im Senat	15
9. Deutliche Zugewinne der Republikaner in Gouverneurswahlen	17
10. Republikaner und Demokraten bestimmen Fraktionsführungen	18

1. Obama-Administration handelt Steuerkompromiss mit Republikanern aus

Präsident Barack Obama hat sich Anfang Dezember 2010 mit den republikanischen Fraktionsführungen des Congress auf ein umfassendes Kompromisspaket zur Steuerpolitik geeinigt, das zugleich als zweites großes Konjunkturprogramm fungieren soll.

Der Steuerkompromiss soll die Verabschiedung einer Reihe von umstrittenen Gesetzesvorhaben noch in der laufenden Legislaturperiode des 111. Congress ermöglichen (vgl. CR 8-10/2010, S. 1) und könnte zudem auch die Chancen des im Senat anhängigen *New START*-Abrüstungsabkommens positiv beeinflussen (siehe Punkt 3).

Die Kernpunkte des Verhandlungspakets sind

- die Fortschreibung der zuerst unter Präsident George W. Bush 2001 verabschiedeten Steuervergünstigungen (vgl. CR 6-7/2001, S. 4) für zwei Jahre ohne Einschränkungen,
- die weitere Aussetzung der Mindestbesteuerung (*Alternative Minimum Tax*, AMT) für mittlere Einkommen für zwei Jahre,
- die Option einer 100-prozentigen Abschreibung von Investitionen im kommenden Jahr für alle Unternehmen,
- die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge von 6,2 auf 4,2 Prozent für ein Jahr,
- die Verlängerung der Steuervergünstigungen für Erbschaften (5 Mio. USD Freibetrag, 35 Prozent Steuersatz), und
- die Verlängerung der maximalen Bezugsdauer der Arbeitslosenhilfe für weitere 13 Monate (siehe Punkt 6).

Darüber hinaus werden einige konjunkturpolitisch orientierte Fördermaßnahmen wie Subventionen für Geringverdiener („make work pay“) oder die steuerliche Absetzbarkeit von Studiengebühren verlängert.

Die Gesamtkosten des durch Neuverschuldung zu finanzierenden Kompromisses werden auf ca. 900 Mrd. USD geschätzt.

Die republikanischen Parteispitzen begrüßten das Verhandlungsergebnis einhellig und feierten es als großen Erfolg. Präsident Obamas Bereitschaft, auf die Republikaner in diesen strittigen Fragen zuzugehen, wurde ausdrücklich gelobt.

Demgegenüber hagelte es massive Kritik von Seiten der Demokraten an den politisch vermeintlich unnötigen Zugeständnissen, die in der Öffentlichkeit keine Mehrheiten finden.

Besonders negativ bewertet wird von linksliberalen Demokraten, dass die unter Präsident Bush beschlossenen Steuersenkungen für die obersten zwei Prozent der Einkommensskala nicht ausgesetzt werden und die Erbschaftssteuervergünstigungen für große Vermögen erneuert werden.

Zwar haben die Demokraten im Senat unter Führung von Majority Leader Harry Reid (Nevada) umgehend damit begonnen, die parlamentarische Umsetzung des Kompromisses vorzubereiten, doch im Repräsentantenhaus kam es zu einer offenen Revolte.

In einem symbolischen Protestakt hat das Repräsentantenhaus mit 234:188 Stimmen einen Gesetzesentwurf verabschiedet, der den Steuerkompromiss auf Familien mit einem Jahreseinkommen von bis zu 250.000 USD beschränken würde.

Speaker Nancy Pelosi (D-California) erklärte darüber hinaus öffentlich, dass der Kompromiss ohne Abänderungen keine Chancen auf Verabschiedung im Repräsentantenhaus habe. Doch ungeachtet des empörten Sturmlaufs der Demokraten gibt es zu dem ausgehandelten Paket kaum eine Alternative.

Blockiert die demokratische Mehrheit im Repräsentantenhaus, würde die Verabschiedung nur auf den kommenden Januar vertagt. Die dann antretende republikanische Mehrheit (siehe Punkt 7) könnte gegebenenfalls noch weitere Zugeständnisse fordern und ihre Markierungen setzen.

Wenngleich viele Demokraten und politische Kommentatoren von einem vorschnellen Einknicken des nach den Wahlen angeschlagenen Präsidenten sprechen, kann der Durchbruch in den Verhandlungen auch als genialer Schachzug Obamas gesehen werden.

Nur einen Monat nach der herben Niederlage in den Wahlen zum Congress im November 2010 hat der Präsident überraschende Manövrier- und Handlungsfähigkeit demonstriert.

Das vorgeschlagene Konjunkturprogramm via Steuererleichterungen übertrifft im Volumen noch das erste Paket von 2009 (vgl. CR 1-2/2009, S. 1). Daneben sind erweiterte außenpolitische Spielräume mit dem zwischenparteilichen Tauwetter eröffnet worden.

Mit Blick auf die Wahlen 2012 hat sich Barack Obama geschickt in der politischen Mitte positioniert und Kooperations- und Kompromissbereitschaft nach allen Seiten bewiesen.

Während die Republikaner Steuergeschenke für die obersten Einkommen und größten Vermögen als ihre zentralen Verhandlungserfolge feiern und das hehre Ziel des Defizitabbaus auf 2013 vertagen, schluckt Präsident Obama ostentativ „politische Kröten“ im wirtschaftlichen Interesse der Mittel- und Unterschichten.

Auch die heftigen Proteste aus dem eigenen Lager sind hilfreich für Obama, der sich, nach dem Modell von Präsident Clinton nach der Wahlniederlage 1994, vor diesem Hintergrund als über den Parteien stehender Hüter des Allgemeinwohls präsentieren kann.

2. Überparteiliche Kommission legt Empfehlungen zu Haushaltssanierung vor

Die von Präsident Barack Obama Anfang des Jahres einberufene Kommission zur Haushaltskonsolidierung (National Commission for Fiscal Responsibility and Reform) hat am 1. Dezember 2010 ihren Abschlussbericht mit Empfehlungen an Präsident und Congress zum Schuldenabbau vorgelegt.

Die paritätisch aus Republikanern und Demokraten zusammengesetzte Kommission unter der Leitung von Erskine Bowles (D), dem früheren Stabschef Präsident Bill Clintons, und Alan K. Simpson (R), einem früheren Senator von Wyoming, sollte eine kompromissfähige Strategie zur Eindämmung der Bundesverschuldung erarbeiten, die unter den Vorzeichen der schweren Wirtschaftsrezession aus dem Ruder gelaufen sind (2010 ca. 9 Prozent GDP, vgl. a. CR 1-2/2010, S. 7).

Der Plan der Defizit-Kommission, der die Neuverschuldung des Bundes schrittweise auf Null zurückführen will, beruht jedoch auf einer Reihe kontroverser Vorschläge, die in der Kombination eine zwar wirksame, aber für beide Parteien bittere und schwer zu schluckende Medizin anbieten.

Die Eckpunkte und Kernelemente des Sanierungsplans sind

- die Reduzierung der Neuverschuldung bis 2015 auf 2,3 Prozent und bis 2035 auf 0 Prozent GDP
- Einsparungen in der Rentenversicherung durch Anhebung des Eintrittsalters auf 69 Jahre bis 2075,
- Einsparungen im Gesundheitswesen, die auf die Gesundheitsreform Präsident Barack Obamas aufbauen,
- Ausgabenkürzungen in allen Bereichen des Haushalts, einschließlich der Militär- und Sicherheitsausgaben sowie
- Kürzungen der Agrarsubventionen und Pensionen für Bundesbedienstete und Militär.

Während eine Mehrheit von 11 der 18 Mitglieder für die Annahme des Berichts stimmte und die Empfehlungen befürwortete, verfehlte die qualifizierte Mehrheit von 14 Stimmen, die Präsident Obama zur Vorbedingung einer direkten Übermittlung der Vorschläge an den Congress zur Abstimmung gemacht hatte.

Für die Republikaner sind sowohl die vorgesehenen Steuererhöhungen, ungeachtet der Tarifabsenkungen als auch die Übernahme der Gesundheitsreform Obamas politisch inakzeptabel. Zudem stoßen die Kürzungen im Militär- und Sicherheitsbereich auf den Widerstand vor allem konservativer Republikaner.

Von den aktiven republikanischen Mitgliedern des Congress stimmten nur die Senatoren Tom Coburn (Oklahoma), Mike Crapo (Idaho) und Judd Gregg (New Hampshire) für den Bericht. Die Abgeordneten Dave Camp (Michigan), Jeb Hensarling (Texas) und Paul D. Ryan (Wisconsin) lehnten ihn dagegen ab.

Auf der Seite der Demokraten sind es vor allem die drastischen Kürzungen im Bereich der Rentenversicherung und der Gesundheitsprogramme *Medicare* und *Medicaid*, die die ablehnenden Voten begründen.

Senator Max Baucus (Montana), der frühere Gewerkschaftsführer Andy Stern (*Service Employees International Union*) sowie die Abgeordneten Jan Schakowsky (Illinois) und Xavier Becerra (California) verweigerten vor diesem Hintergrund die Zustimmung. Dagegen sprachen sich die Senatoren Kent Conrad (North Dakota) und Richard J. Durbin (Illinois) sowie der nicht wieder gewählte Abgeordnete John D. Spratt (South Carolina) für die Annahme aus.

Mit dem Verfehlen der angesetzten Super-Mehrheit von 14 Stimmen sind die Zukunftsaussichten des Konsolidierungsplanes allerdings mehr als ungewiss.

Ungeachtet des technokratisch soliden, aber politisch unrealistischen Zuschnitts des Kommissionsberichts fiel das öffentliche Echo in weiten Teilen positiv aus.

Selbst aus dem Congress waren zustimmende Kommentare zu hören, nicht nur aus dem Senat. Auch *Speaker* Nancy Pelosi (D-California), die sich im Vorfeld mit Blick auf die Kürzungen im Sozialbereich sehr kritisch geäußert hatte, fand lobende Worte für den Bericht.

Dies dürfte jedoch zum großen Teil dem Umstand geschuldet sein, dass eine Abstimmung im Congress über die harten Einschnitte, die das Sanierungskonzept vorsieht, nun nicht mehr ansteht. Eine generelle Befürwortung des populären Ziels des Haushaltsausgleichs ohne konkrete Maßnahmen ergreifen zu müssen, spricht kaum für ernsthafte Absichten.

Sehr verhalten reagierte dagegen die Obama-Administration. Präsident Obama begrüßte den Abschlussbericht, sagte aber nicht mehr als eine genaue Prüfung der Vorschläge

zu. Während er die Übernahme einzelner Komponenten in Aussicht stellt, etwa die Steuertarifreform, hat der Defizitabbau nach den Wahlen zumindest kurzfristig keine Priorität mehr (siehe Punkt 1).

3. Führende Republikaner verknüpfen Ratifikation des *New START*-Abkommens mit zügiger Modernisierung der Atomwaffen

Im Senat hat die republikanische Minderheitsfraktion unter Führung der Senatoren Jon Kyl (Arizona) und Bob Corker (Tennessee) ihre Bedenken gegen eine Ratifikation des *New START*-Abkommens zur Reduzierung der strategischen Atomwaffen Russlands und der USA ohne zügige Modernisierungsschritte des amerikanischen Atomwaffenarsenals ein weiteres Mal unterstrichen (vgl. CR 3-4/2010, S. 8).

In einem siebenseitigen Memorandum vom 24. November 2010 an die Mitglieder der republikanischen Minderheitsfraktion im Senat, das den Titel „Progress in Defining Nuclear Modernization Requirements“ trägt, unterstreichen die Senatoren Kyl und Corker, dass sie

- eine Verringerung des amerikanischen strategischen Atomwaffenarsenals nur dann unterstützen können, wenn „der Modernisierung dieses Arsenals und der dazugehörigen Infrastruktur adäquate Aufmerksamkeit“ eingeräumt wird.

Das Memorandum ist abrufbar unter:

<http://www.armscontrol.org/system/files/20101124%20-%20Kyl-Corker%20Memo%20On%20Modernization%20for%20Republican%20Colleagues.pdf>

Die republikanischen Senatoren knüpfen mit ihrer Kritik an den Bericht des *Senate Foreign Relations Committee* vom 1. Oktober 2010 an, der im Rahmen seiner Ratifikationsempfehlung für das *New START*-Abkommen festgestellt hatte, „that reductions in strategic offensive arms and continued support for our nation’s nuclear weapons stockpile and supporting structure should move forward together.“ (Vgl. CR 8-10/2010, S. 7)

Der Obama-Administration werfen Kyl und Corker vor, dass sie im Haushaltsjahr 2010 „nur 6.4 Mrd. USD in *National Nuclear Security Administration Weapons Activities* investiert habe“, was „im Vergleich zum Haushaltsjahr 2005 eine Ausgabenkürzung um 20 Prozent“ bedeute.

Entsprechend verlangen die beiden Republikaner über die bereits von der Administration im Rahmen des Verteidigungsgenehmigungsgesetzes für das Haushaltsjahr 2010 (*Defense Authorization*) gemachten Modernisierungszusagen von 80 Mrd. während eines Zeitraums von 10 Jahren weitere Anstrengungen zur Modernisierung des amerikanischen Atomwaffenarsenals.

Nach Einschätzung Kyls und Corkers dienen die im sogenannten „Section 1251“-Bericht der Administration im Mai 2010 gemachten Modernisierungszusagen von 80 Mrd. USD größtenteils der Aufrechterhaltung des bereits existierenden nuklearen Waffenkomplexes, während nur 10 Mrd. USD für „new weapon activity“ eingeplant worden seien.

Daran würden auch weitere zwischenzeitlich von der Administration gemachte Modernisierungszusagen nichts Wesentliches ändern, weil damit die Gesamtausgaben in den nächsten zehn Jahren (über die bereits zugesagten 80 Mrd. hinaus) lediglich um 5,4 bis 6,5 Mrd. USD angehoben würden.

Vielmehr seien weitere Ausgaben erforderlich, damit eine neue Generation strategischer Bomber, luftgestützter nuklearer Marschflugkörper und landgestützter Interkontinentalraketen entwickelt und in Dienst gestellt werden könnte. Im Memorandum Kyls und Corker heißt es dazu auf Seite 5: „We continue to press for a letter from the DOD (Department of Defense, die Red.) confirming its commitment to follow-on nuclear-capable delivery systems.”

Darüber hinaus stellen die beiden republikanischen Senatoren fest:

„The Administration should not engage in further cuts to our deployed or non-deployed stockpile without first determining if such cuts are in our national security interest and then obtaining corresponding reductions in other nations’ nuclear weapons stockpiles, such as Russia’s large stockpile of weapons not limited by *New START* (e.g. its tactical nuclear weapons).” (S.4)

Das *New START*-Abkommen, das am 8. April 2010 vom amerikanischen und russischen Präsidenten unterzeichnet worden war, sieht eine Verringerung der strategischen Nuklearwaffen Russlands und der Vereinigten Staaten um etwa ein Drittel gegenüber dem Jahr 2002 vor. So sollen beide Seiten die Zahl ihrer nuklearstrategischen Gefechtsköpfe auf jeweils 1550 begrenzen, wobei die Zahl der einsatzbereiten Abschussplattformen (Bomber, see- und landgestützte Interkontinentalraketen) auf jeweils 700 limitiert werden soll. Gleichzeitig verständigten sich die USA und Russland auf jährlich bis zu 18 sogenannte Short-notice on-site inspections“, also Vorortüberwachungsmaßnahmen, die ein wesentliches Element der Vertrauensbildung und Überprüfung darstellen.

Die Administration drängt seit der Vertragsunterzeichnung im April 2010 auf eine Ratifikation des *New START*-Vertrages noch in dieser Legislaturperiode des Congress und setzt das Abkommen in enge Beziehung zu Obamas *Global Zero*-Initiative, also dem Ziel einer weltweiten nuklearen Abrüstung, das der 44. Präsident der Vereinigten Staaten in seiner Prager Rede 2009 in das Zentrum seiner Außen- und Sicherheitspolitik gerückt hatte.

Politische Unterstützung hat Obama dabei zwischenzeitlich von den fünf früheren republikanischen Außenministern James A. Baker III, Lawrence S. Eagleburger, Henry A. Kissinger, Colin L. Powell und George P. Shultz erhalten, die die Republikaner im Senat dazu aufgefordert haben, die Ratifikation von *New START* zu unterstützen.

Gemäß der amerikanischen Verfassung von 1787 benötigt der Präsident die Zustimmung von Zweidrittel der Senatoren, was im Umkehrschluss bedeutet, dass die Ratifikation eines völkerrechtlichen Vertrages bereits mit 34 Gegenstimmen zu Fall gebracht werden kann.

Im 111. Congress verfügen die Republikaner über 41 Stimmen. Nach ihrem sehr erfolgreichen Abschneiden in den Novemberwahlen werden sie im Senat im 112. Congress, der seine Arbeit im Januar 2011 aufnimmt, sogar über 47 Stimmen verfügen (vgl. Punkt 8). Somit könnte eine Ratifikation noch schwieriger werden, zumal die Mehrheit der neu gewählten republikanischen Senatoren Beschränkungen der amerikanischen Außenpolitik durch völkerrechtliche Verträge skeptisch gegenübersteht.

Konservative Abrüstungskritiker wie der frühere republikanische Botschafter bei den Vereinten Nationen John Bolton haben im Zusammenhang mit dem *New START*-Abkommen Anfang November 2010 gefordert, dass der Senat (und mit ihm das Repräsentantenhaus) vor seiner Zustimmung zu dem neuen Abrüstungsvertrag ein Gesetz zur Entwicklung neuer Atomsprengeköpfe verabschieden sollte. Unterstützung erhält er dabei von der *Heritage Foundation*, die den Vertrag ablehnt, weil dieser „Bedrohungen ignoriert, die vom Iran und Nordkorea ausgehen“.

Dass Senator Kyl (R-Arizona) nun für die Republikaner zur diskursmächtigsten Stimme im Zusammenhang mit der Ratifikation des *New START*-Vertrages geworden ist, unterstreicht einen Generationenwechsel, der sich in der republikanischen Fraktion im Senat vollzogen hat. Nicht mehr Senator Richard Lugar (R-Indiana) oder dessen in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik zentristischer Fraktionskollege John McCain (R-Arizona) führen die Fraktion an, sondern der im Rahmen der „konservativen Revolution“ 1994 (vgl. CR 11/1994, S. 1) ins Amt gewählte und mittlerweile zum *Minority Whip* aufgestiegene Jon Kyl.

Während Lugar und McCain die Ratifikation des *New START*-Abrüstungsabkommens unterstützen, führt Kyl eine zunehmend größer werdende Gruppe innerhalb der republikanischen Fraktion an, die sich im Gegensatz zur Zeit des Ost-West-Konflikts nicht scheut, dem Präsidenten außen- und sicherheitspolitisch in die Parade zu fahren. Das hatte Kyl, der seit 1995 dem Senat angehört, schon 1999 unterstrichen, als er zusammen mit 49 anderen Mitgliedern seiner Fraktion die Ratifikation des umfassenden nuklearen Teststoppvertrages (Comprehensive Test Ban Treaty) zu Fall brachte und damit der Rüstungskontrollpolitik des damaligen demokratischen Präsidenten Bill Clinton eine scharfe Absage erteilt hatte (vgl. CR 10/1999, S. 1). Man kann das als zunehmende parteipolitische Polarisierung des Senats in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik einordnen, die die Handlungsspielräume des Präsidenten insbesondere unter den Bedingungen eines „divided government“ empfindlich einengt. Entsprechend warfen

die Demokraten im Weißen Haus und auf dem Capitolshügel Senator Kyl vor „pure party politics“ zu betreiben. Kyl umgekehrt verweist auf die Beteiligungspflicht des Senats und „complex and unresolved issues related to START and modernization“ im Rahmen seiner vertragskritischen Position.

4. Repräsentantenhaus gegen Schließung von *Guantánamo*

Im Rahmen seiner Verabschiedung eines Sammelbewilligungsgesetzes (*Omnibus Spending Bill*) für das Haushaltsjahr 2011 hat sich das Repräsentantenhaus am 8. Dezember 2010 in einem Zusatz mit 212:206 Stimmen faktisch gegen die Schließung des umstrittenen Gefangenenlagers *Guantánamo* ausgesprochen (vgl. CR 3-4/2010, S. 10), das als Chiffre für systematische Folterpraktiken der CIA während der Präsidentschaft George W. Bushs steht (vgl. CR 3-4/2009, S. 8).

Die Entscheidung des Repräsentantenhauses würde, falls der Senat sie bestätigen sollte,

- für das Haushaltsjahr 2011 (das rechnungstechnisch am 30.9.2011 endet) die Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Überführung von Gefangenen aus *Guantánamo* in die Vereinigten Staaten verbieten;

- die Überstellung von Khalid Sheik Mohammed, der als einer der Drahtzieher der Terrorangriffe des 11. September 2001 gilt, in die USA untersagen. Die Obama-Administration möchte Mohammed vor einem zivilen Strafgericht den Prozess machen.

Präsident Obama hatte nach seiner Amtsübernahme im Januar 2009 im Rahmen einer *Executive Order* (13491) die Schließung des umstrittenen Gefangenenlagers mit Verweis auf die Genfer Konvention und das Übereinkommen gegen Folter binnen eines Jahres angekündigt.

Das war jedoch auf massiven Widerstand im Congress gestoßen, wo die Verlegung von *Guantánamo*-Häftlingen in die USA aus „Sicherheitsgründen“ von vielen Demokraten und Republikanern gleichermaßen abgelehnt wird.

So hatte der demokratisch kontrollierte Congress in Obamas erstem Amtsjahr die Schließung von *Guantánamo*, wo derzeit noch etwa 180 Terrorverdächtige festgehalten werden, für das Haushaltsjahr 2010, das am 30. September 2010 endete, komplett untersagt (vgl. CR 9-10/2010, S. 9).

Im amerikanischen politischen System verfügt alleine die Legislative nach Artikel I, Abschnitt 8 der amerikanischen Verfassung über die Budgethoheit, die so genannte „Power of the Purse“.

Weiteren Auftrieb hatte die politische Diskussion um die Aufrechterhaltung von Guantánamo gegen den erklärten Willen Präsident Obamas im Congress im November 2010 erhalten, nach dem der vor einem Zivilgericht angeklagte Ahmed Ghailani, dem die Beteiligung an Bombenangriffen auf zwei amerikanische Botschaften in Afrika im Jahr 1998 zur Last gelegt wurde, zwar von einer Jury zu einer 20jährigen bis lebenslangen Haftstrafe verurteilt, aber in 224 weiteren Anklagepunkten freigesprochen worden war.

Kritiker im Congress hatten dieses Urteil als Beweis dafür eingestuft, dass zivile Strafgerichte mit der Aburteilung von El-Kaida-Verdächtigen überfordert seien. Stattdessen plädierten sie wie der Republikaner Peter King (New York), der nach dem Wahlsieg der Republikaner im Repräsentantenhaus (vgl. Punkt 7), Vorsitzender des *Homeland Security Committee* im 112. Congress werden wird, für eine Rückkehr zur militärischen Strafgerichtsbarkeit. „We must treat them as wartime enemies“, so King, „and try them in military commissions in Guantánamo.“

Im Senat äußerte sich Mitch McConnell (R-Kentucky), der *Senate Minority Leader* ähnlich. Das Urteil gegen Ghailani sei „all the proof we need that the administration’s approach to prosecuting terrorists has been deeply misguided and potentially harmful as a matter of national security.“

Die Entscheidung des Repräsentantenhauses, die noch vom Senat bestätigt werden muss bevor sie bindende Wirkung erhält, wurde von Justizminister Eric H. Holder auf das Schärfste kritisiert. Holder nannte sie „an extreme and risky encroachment on the authority of the executive branch to determine when and where to prosecute terrorist suspects.“ Darüber hinaus kritisierte er das vom Repräsentantenhaus ausgesprochene Verbot einer Verlegung von Khalid Sheik Mohammed in die USA scharf. Der Justizminister möchte Mohammed vor einem zivilen Strafgericht den Prozess machen, wohl auch um die Glaubwürdigkeit der USA im Umgang mit sogenannten *enemy combatants* wiederherzustellen, während viele Kritiker im Congress auf einen Prozess vor einem Militärtribunal in *Guantánamo Bay* drängen.

Ob es Präsident Obama gelingen wird, das höchst umstrittene Gefangenenlager zu schließen, scheint vor dem Hintergrund des republikanischen Wahlsieges im Repräsentantenhaus in den *Midterm Elections* (vgl. Punkt 7) immer unwahrscheinlicher. So erklärte der designierte Vorsitzende des *House Homeland Security Committee*, der Republikaner Peter King (New York), in diesem Zusammenhang: „We will definitely work to stop the Obama administration’s plan to transfer Guantánamo detainees, like Khalid Sheik Mohammed and others, to the United States and put them on trial in civilian courts.“

5. Geheimdienstausschuss kritisiert Nachrichtendienste

Das *Intelligence Committee* des Repräsentantenhauses hat Mitte November 2010 unter Leitung seines Vorsitzenden Silvestre Reyes (D-Texas) die Arbeit der amerikanischen Nachrichtendienste scharf kritisiert.

Danach haben die Geheimdienste es seit den 1990er Jahren in 16 Fällen versäumt, dem Congress „umfassende, zeitnahe und genaue Informationen“ über ihre verdeckten Operationen zur Verfügung zu stellen, obwohl sie dazu gesetzlich verpflichtet sind.

Nach Einschätzung des Geheimdienstausschusses wurde der Congress unter anderem nicht adäquat darüber informiert, dass die CIA

- ein weltweites Programm zur Tötung von Terrorverdächtigen unterhielt und
- belastendes Videomaterial zu brutalen Verhörmethoden von Terrorismusverdächtigen vernichtet hat.

Der *Director of National Intelligence*, James R. Clapper, wurde angewiesen, dem Ausschuss innerhalb von 30 Tagen zu den mit dem Untersuchungsergebnis des Geheimdienstausschusses verbundenen Empfehlungen zum Umgang mit verdeckten Operationen und den erforderlichen Maßnahmen zur gesetzeskonformen Unterrichtung der Legislative zu berichten.

Senat und Repräsentantenhaus hatten bereits im September eine stärkere Überwachung der derzeit 16 amerikanischen Nachrichtendienste durch die Legislative beschlossen (vgl. CR 8-10/2010, S. 3). Danach müssen zukünftig alle Mitglieder der beiden Geheimdienstausschüsse im Congress innerhalb von 180 Tagen über sämtliche verdeckten Operationen der amerikanischen Nachrichtendienste informiert werden.

Die USA unterhalten derzeit 16 verschiedene und zum Teil miteinander konkurrierende Nachrichtendienste, für deren Arbeit jährlich die astronomische Summe von 90 Mrd. USD aufgewendet wird.

6. Verbesserte Aussichten für Verlängerung der Arbeitslosenhilfe

Die seit dem Ausbruch der scharfen Wirtschaftsrezession von 2008 bereits mehrfach verabschiedete Verlängerung der maximalen Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes ist Ende November 2010 erneut ausgelaufen.

Der Bezug des Arbeitslosengeldes, das von ein von Bund und Einzelstaaten gemeinsam getragenes Programm finanziert wird, ist regulär auf 26 Wochen begrenzt.

In nationalen Wirtschaftskrisen ist allerdings eine Verlängerung der Bezugsdauer insbesondere für Einzelstaaten mit anhaltend hoher Arbeitslosigkeit üblich, wobei der Bund die Kosten übernimmt.

Präsident Obama und den Demokraten ist angesichts der sehr hohen Arbeitslosigkeit in den zurückliegenden zwei Jahren immer wieder gelungen, Verlängerungen der Zahlungen im Congress durchzusetzen.

Die republikanische Opposition hat aber unter Verweis auf die durch Schuldenaufnahme finanzierte Fortschreibung der Leistungen eine beharrliche Obstruktionspolitik betrieben.

Angesichts der republikanischen Sperrminorität in der zweiten Sitzungsperiode des 111. Congress, die es den Demokraten nicht mehr erlaubt, ein Ende der Debatte gegen den Willen der Republikaner durchzusetzen (*Filibuster*), haben sich die Aussichten für weitere Verlängerungen zusehends verschlechtert.

Im 112. Congress sind die Chancen angesichts der soliden republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus noch deutlich geringer anzusetzen.

Die Aufnahme der Verlängerung der Zahlung der Arbeitslosenunterstützung in das Kompromisspaket zur Steuerpolitik (siehe Punkt 1) hat nun die Situation überraschend positiv gewendet. Geplant ist eine neuerliche Verlängerung um 13 Monate, die die Leistungen bis Ende 2011 festschreiben würde.

Nach Schätzungen des Arbeitsministeriums (*Department of Labor*) würden bei einem Auslaufen bis Jahresende ca. 1,6 Mio. Arbeitslose den Leistungsanspruch verlieren, bis zum Frühjahr 2011 insgesamt ca. 6 Mio. Arbeitsuchende.

Auch aus konjunkturpolitischer Sicht wäre dies für die Obama-Administration und die Demokraten im Congress eine kaum hinzunehmende Niederlage.

7. Eindrucksvoller Sieg der Republikaner in Repräsentantenhauswahlen

Die Republikanische Partei hat in den Zwischenwahlen (*Midterm Elections*) von Anfang November 2010 im Repräsentantenhaus einen eindrucksvollen Wahlsieg errungen.

Nach nur vier Jahren als Minderheitspartei können die Republikaner damit im 112. Congress zumindest in dieser Kammer eine deutliche Mehrheit der Sitze für sich beanspruchen.

Sitzverteilung im Repräsentantenhaus (Stand Anfang Dezember 2010)

	111. Congress	112. Congress
Demokraten	255	192 (- 63)
Republikaner	179	242 (+ 63)
Unabhängige	- -	- -
Vakant	- -	1*

* (Auszählung im 1. Distrikt von New York noch nicht abgeschlossen)

Obwohl der Wahlsieg nach den anhaltend schlechten Umfragewerten der Demokraten im Jahresverlauf den Erwartungen entsprach (vgl. CR 8-10/2010, S. 13), übertrifft die Anzahl der hinzu gewonnenen Sitze mit 63 noch die des historischen Wahlsiegs von 1994 (plus 54 Sitze).

In dem häufig als *Republican Revolution* charakterisierten Wahlsieg der *Grand Old Party* gegen die Demokraten unter Präsident Bill Clinton (1993-2001) hatte sie allerdings beide Kammern des Congress erobern können und daraus einen Führungsanspruch in der Bundespolitik abgeleitet. Die Verteidigung der demokratischen Mehrheit im Senat (siehe Punkt 8) lässt eine solche Interpretation heute kaum zu.

Die auch im längerfristigen historischen Vergleich starken Sitzzugewinne der Republikaner werden maßgeblich durch das Zusammenwirken von zwei Faktoren bestimmt: den höheren Mobilisierungsgrad der republikanischen Parteianhänger und die Abwendung wesentlicher Teile der parteiunabhängigen Wähler (*Independents*) der politischen Mitte von den Demokraten unter Führung von Präsident Barack Obama.

Der Anteil der demokratischen Parteianhänger lag nach der *exit poll* von *Edison Media Research* (im gemeinsamen Auftrag der großen Medienunternehmen) mit ca. 35 Prozent 2010 gleichauf mit dem republikanischer Parteianhänger, während die Demokraten 2008 noch einen Vorsprung von über 5 Prozent hatten verbuchen können.

Vor allem weiße Wähler der höheren Altersgruppen (über 45 Jahre), die zum demographischen Kernsegment zählen, aus dem sich die republikanische Anhängerschaft rekrutiert, stellten 2010 einen höheren Anteil an der Wählerschaft.

Demgegenüber blieben jüngere (unter 45 Jahren) und nicht-weiße Wähler überproportional zu Hause. So ging etwa der Anteil der 18- bis 29-Jährigen von 18 Prozent 2008 auf 12 Prozent zurück, während der Anteil der Senioren (über 65 Jahre) von 16 auf 21 Prozent der Gesamtwählerschaft anstieg.

Bemerkenswert ist jedoch, dass die Demokraten bei nahezu allen Wählergruppen mehr oder minder große Stimmverluste hinnehmen mussten.

Noch drastischere Veränderungen zeigen sich mit Blick auf die nicht an eine der Parteien gebundenen Wähler (*Independents*). 2010 stimmten 56 Prozent der Unabhängigen für republikanische Kandidaten für das Repräsentantenhaus, 39 Prozent für Demokraten.

In den Zwischenwahlen von 2006 hatte eine genau umgekehrte Verteilung einen demokratischen Sieg ermöglicht; 2008 erzielten die Demokraten immer noch einen Vorsprung von 8 Prozent in dieser Wählergruppe.

Für beide Aspekte, die unterschiedliche Mobilisierung der Parteianhängerschaften und den Stimmungsumschwung der *Independents*, spielt die Politik der Demokraten unter den Vorzeichen der schweren Wirtschaftskrise („Great Recession“) eine entscheidende Rolle.

Das überragende Thema aus der Sicht der Wählerschaft war die Wirtschaftsentwicklung. Als wichtigstes Problem des Landes benannten 63 Prozent die Wirtschaftslage, 18 Prozent die Gesundheitsversorgung, 8 Prozent illegale Immigration und 7 Prozent den Krieg in Afghanistan.

Unter den auf ökonomische Probleme fokussierten Wählern stimmten 54 Prozent für republikanische Kandidaten und nur 43 Prozent für demokratische.

Nur eine Minderheit der Wähler (24 Prozent) macht die Obama-Administration ursächlich für die Wirtschaftskrise verantwortlich, dagegen 39 Prozent die „Wall Street“ und 29 Prozent die Bush-Administration.

Aber nach zwei Jahren demokratisch kontrollierter Bundespolitik stehen die Effektivität und Tragfähigkeit der verfolgten Krisenbewältigungsstrategie in Frage. Während sich das Wirtschaftswachstum in den USA langsam aber sichtlich erholt hat, bleibt vor allem die Lage am Arbeitsmarkt kritisch.

Zum Zeitpunkt der Wahl Obamas im November 2008 lag die Arbeitslosenquote bei 6,9 Prozent, im November 2010 bei etwa 9,6 Prozent. Hinzu kommen die anhaltenden, die Bevölkerung in vielfältiger Weise direkt berührenden Schwierigkeiten im Immobilien- und im Bankensektor.

In Hinsicht auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Demokraten stehen die enorme Ausweitung der Staatstätigkeit und die rasant wachsende Staatsverschuldung im Vordergrund, die für viele Bürger nicht die gewünschten Ergebnisse erbracht haben.

Der Verweis Präsident Obamas und der Demokraten darauf, dass sich die wirtschaftliche Lage ohne die politische Gegensteuerung noch sehr viel düsterer präsentieren würde, genügt einer wachsenden Zahl von Wählern nicht mehr.

Die Kritik von republikanischen Parteiloyalisten und Unabhängigen an den Demokra-

ten zeigt jedoch in den einzelnen Politikbereichen eine teils unterschiedliche, teils gegenläufige Stoßrichtung.

Die große Gesundheitsreform der Demokraten (vgl. CR 3-4/2010, S. 1) hat beispielsweise einen entscheidenden Anteil an der hohen Mobilisierung der republikanischen Basis. In der Wählerschaft insgesamt trifft sie aber auf geteilte Meinungen. Befürwortung und Ablehnung halten sich in etwa die Waage. Die Gesundheitsreform ist nach wie vor umstritten, kann aber kaum für das Wahldebakel verantwortlich gemacht werden.

Demgegenüber wird die von der Bush-Administration eingeleitete und unter Präsident Obama fortgeführte Rettungs- und Stützungs politik großer Banken, Finanzinstitute und Wirtschaftsunternehmen von Wählern der politischen Mitte mit unverhohlener Skepsis betrachtet.

In der Frage der Fortschreibung der Steuerpolitik der Bush-Administration (siehe Punkt 1), neben der Haushaltskonsolidierung (siehe Punkt 2) die zweite zentrale Komponente des republikanischen Programms, stehen die meisten Wähler den Demokraten näher.

Nur 40 Prozent unterstützen eine Verlängerung der unter Bush beschlossenen und nun auslaufenden Steuervergünstigungen. Demgegenüber wollen 51 Prozent die Fortschreibung wie die Demokraten auf Einkommen unter 250.000 USD pro Jahr beschränken oder zugunsten der Reduzierung der Staatsverschuldung ganz auslaufen lassen.

Auch wenn die Wahlniederlage der Demokraten damit durchaus als Denkwortel verstanden werden kann, der eine deutliche Kurskorrektur in der Wirtschafts- und Finanzpolitik anmahnt, sollten weitergehende Schlussfolgerungen nur mit Vorsicht gezogen werden.

Die von dem zukünftigen *Speaker* John Boehner (R-Ohio, siehe Punkt 10) propagierte Total-Absage an die „Obama-Pelosi-Politik“ ist ebenso wenig haltbar wie ein uneingeschränktes Mandat für eine republikanische Agenda unter den Vorzeichen der *Tea Party*-Bewegung (siehe CR 1-2/2010, S. 13 und CR 8-10/2010, S. 11).

Für die republikanische Parteiführung ist das sich abzeichnende Dilemma, das die Rückkehr an die Macht den Erwartungsdruck mit Blick auf sichtbare Resultate von Seiten der eigenen Basis wie der unabhängigen Wähler enorm erhöht.

Angesichts der demokratischen Senatsmehrheit und des nur wenig geschmälernten Einflusspotenzials der Obama-Administration lassen sich Erfolge jedoch nur über den Weg der Verhandlungen und des Kompromisses erreichen.

Für die Demokraten hat sich mit der Niederlage die politische Situation in geradezu paradoxer Weise nachhaltig entspannt. Zwar sind große Reformvorhaben in der kom-

menden Legislaturperiode nun aussichtslos. Doch genau dies und die Teilung der Verantwortung für die längerfristigen Nachwirkungen der Wirtschaftskrise erleichtert es den Demokraten, sich gegenüber den Republikanern für Wahlen 2012 zu positionieren.

In der republikanischen Fraktion zählen zu der großen Zahl der neuen Abgeordneten nicht nur die mit der Hilfe der *Tea Party*-Bewegung gewählten Abgeordneten, sondern auch Repräsentanten von Wahlkreisen, in denen *Independents* jederzeit einen erneuten Mehrheitswechsel herbeiführen können.

Dem Druck auf eine radikal-konservative Profilierung steht ein entsprechender Druck auf pragmatische Ergebnisse und Leistungen gegenüber, die für eine breite Öffentlichkeit greifbar sind.

In der demokratischen Fraktion hat dagegen gerade der ländlich-kleinstädtische und damit gemäßigt-konservative und pragmatische Flügel überproportionale Verluste hinnehmen müssen. Das stärkt, bei gleichzeitig gedämpften Erwartungen auf politisch wie finanziell kostspielige Reformprojekte, die Geschlossenheit der Fraktion.

8. Demokraten verteidigen ihre Mehrheit im Senat

Im Senat fielen die Wahlergebnisse für die Republikaner in der *Midterm Election* 2010 nicht so eindeutig aus wie im Repräsentantenhaus. Zwar gelang es der GOP den Demokraten sechs Sitze abzunehmen, die angestrebte Mehrheit aber wurde verfehlt.

Stattdessen werden die Demokraten im 112. Congress über 53 Sitze verfügen, wozu mit Joseph I. Lieberman (Connecticut) und Bernhard Sanders (Vermont) zwei Unabhängige gezählt werden, die mit der Fraktion der Demokraten stimmen.

Die Republikaner werden mit 47 Sitzen allerdings ihre Sperrminorität bequem einsetzen können, um dem Präsidenten und seiner Partei im Wege des *Filibuster* das Regieren schwer zu machen. Gleichzeitig werden sie als Minderheitsfraktion in der komfortablen Situation sein, keine direkte politische Verantwortung für die Lösung einer Vielzahl anstehender Probleme übernehmen zu müssen.

Harry Reid (D-Nevada), der alte und neue *Majority Leader* im Senat (vgl. auch Punkt 10), feierte nicht nur den Mehrheitsstatus der Demokraten im 112. Congress, sondern auch seinen persönlichen Wahlsieg gegen die von der *Tea Party*-Bewegung unterstützte Sharron Angle überschwänglich.

Neben Reid konnten sich auch die demokratischen Amtsinhaber Michael Bennet (Colorado), Barbara Boxer (California) und Patty Murray (Washington) gegen starke republikanische Konkurrenz durchsetzen. Zudem gelang es Richard Blumenthal (Connecticut), Chris Coons (Delaware) und Joe Manchin (West Virginia) offene Sitze für

die demokratische Partei zu gewinnen.

Reid interpretierte das Ergebnis der Senatswahlen 2010 nicht als „Liebesbeweis der Wähler für die Republikaner“, sondern vielmehr als „Liebesentzug für die Demokraten“. Er vergaß dabei zu erwähnen, dass er in Zukunft nicht mehr eine, sondern mindestens sieben Stimmen aus den Reihen der Republikaner im Senat benötigt, wenn er die für ein größeres Gesetzgebungsverfahren notwendige *Supermajority* zimmern möchte. Im 112. Congress wird es aber nicht mehr als fünf gemäßigt konservative Republikaner im Senat geben, die theoretisch zu einem solchen Schritt bereit wären und auch in der demokratischen Fraktion selbst kann sich Reid nicht automatisch auf Geschlossenheit verlassen.

Sitzverteilung im Senat (Stand Anfang Dezember 2010)

	111. Congress	112. Congress
Demokraten	57	51 (- 6)
Republikaner	41	47 (+ 6)
Unabhängige	2	2

Auf Seiten der Republikaner haben Ron Johnson (Wisconsin) und John Boozman (Arkansas) die demokratischen Amtsinhaber Russ Feingold und Blanche Lincoln geschlagen. Gleichzeitig haben John Hoeven (North Dakota), Dan Coats (Illinois), Mark Steven Kirk (Illinois) und Patrick Toomey (Pennsylvania) offene Sitze für die Republikaner gewonnen, die zuvor von Demokraten gehalten wurden.

Zur neu gewählten Gruppe der Republikaner gehören auch Mark Rubio (Florida), Jerry Moran (Kansas), Rand Paul (Kentucky), Roy Blunt (Missouri), Kelly Ayotte (New Hampshire), Bob Portman (Ohio), Mike Lee (Utah) und Ron Johnson (Wisconsin).

Minority Leader Mitch McConnell (R-Kentucky) steht trotz des eindrucksvollen Zugewinns der Republikaner im Senat vor keiner leichten Aufgabe, da ihm die von der *Tea Party*-Bewegung unterstützen Kandidaten politische erhebliche Kopfschmerzen bereiten dürften. Sie in die Fraktion zu integrieren ohne erheblich an Handlungsspielraum bei der Führung der Fraktion zu verlieren, dürfte eine der großen Herausforderungen für McConnell werden. Stellvertretend für die neue von der *Tea Party*-Bewegung inspirierte und unterstützte Gruppe von republikanischen Senatoren steht Rand Paul (Kentucky), der sich als „constitutional conservative“ bezeichnet und für ein „balanced budget amendment“ einsetzt, die Gesundheitsreform Obamas ablehnt und einen semi-isolationistischen Kurs in der Außenpolitik befürwortet.

9. Deutliche Zugewinne der Republikaner in Gouverneurswahlen

Zeitgleich mit den Zwischenwahlen zum Congress haben Anfang November 2010 auch 35 der 50 US Bundesstaaten die Gouverneurs-Ämter neu besetzt.

Wie in den Wahlen zum Congress konnten die Republikaner unter den Vorzeichen der anhaltenden Wirtschaftskrise und der wachsende Unzufriedenheit mit den Demokraten unter Führung Präsident Barack Obamas auf der Ebene der Einzelstaaten deutliche Zugewinne verbuchen.

Ungeachtet des stattlichen Nettogewinns von insgesamt sechs Gouverneursposten blieb die GOP jedoch in den Gouverneurswahlen hinter den eigenen Erwartungen zurück.

Gouverneur Haley Barbour (R-Mississippi), der frühere Generalsekretär der Partei und derzeit Vorsitzender der *Republican Governors Association* (RGA) hatte im Vorfeld das Mindestziel mit 30 Gouverneursämtern markiert.

Nach dem bisherigen Stand der Auszählungen können die Republikaner im kommenden Jahr 29 Gouverneure stellen, die Demokraten 19. In Rhode Island hat sich mit dem früheren (progressiv-)republikanischen Senator Lincoln D. Chafee ein parteiunabhängiger Kandidat (*Independent*) durchgesetzt.

Die Auszählung im Bundesstaat Minnesota ist noch nicht abgeschlossen, weil bei einem Stimmenunterschied von einem halben Prozent oder weniger zwischen den führenden Kandidaten automatisch eine Überprüfung der Auszählung durchgeführt werden muss. Der bisherige Stand der Nachzählung deutet allerdings darauf hin, dass der demokratische Kandidat Mark Dayton seinen Vorsprung von knapp 0,5 Prozent gegenüber seinem republikanischen Kontrahenten Tom Emmer behaupten kann.

Zu den größten Erfolgen in den Gouverneurswahlen 2010 gehören aus Sicht der Republikaner die Siege in Ohio und Florida.

In Ohio setzte sich der frühere Abgeordnete John Kasich gegen den vormals populären Demokraten Ted Strickland knapp durch. Das bevölkerungsstarke Ohio, das im Hinblick auf Arbeitsplatzverluste besonders hart von der Wirtschaftskrise betroffen ist, gilt als *bellwether state* unter den Einzelstaaten.

In Florida, dem Staat mit der größten Zahl der Zwangsversteigerungen von Immobilien, verteidigte der Republikaner Rick Scott das Gouverneursamt für seine Partei mit 49 Prozent der Stimmen gegen seinen demokratischen Kontrahenten Alex Sink mit 48 Prozent der Stimmen.

Die Masse der Zugewinne verzeichneten die Republikaner generell im Mittleren Wes-

ten (Michigan und Wisconsin neben Ohio) sowie im amerikanischen „Heartland“ mit Kansas, Oklahoma und Tennessee.

Positiv waren für die Demokraten demgegenüber die Siege in Kalifornien und Maryland.

In Kalifornien gewann der vormalige Gouverneur Jerry Brown erneut das höchste Amt des bevölkerungsreichsten US-Bundesstaats und tritt damit die Nachfolge Arnold Schwarzeneggers an. Er setzte sich mit 53 Prozent überraschend klar gegen Meg Whitman, die frühere Chefin des Internetunternehmens *Ebay* durch, die nur 42 Prozent der Stimmen erzielte.

In Maryland behauptete sich der demokratische Gouverneur Martin O'Malley in einem *Rematch* gegen seinen Amtsvorgänger Robert Ehrlich ebenfalls mit überraschend großem Vorsprung mit 56 gegen 42 Prozent der Stimmen

Eine zusätzliche bundespolitische Bedeutung haben die diesjährigen Wahlen in den Einzelstaaten, weil sie mit dem im zehnjährigen Rhythmus abgehaltenen Bundeszensus zusammenfallen. Gemäß den neuen Bevölkerungsdaten entscheiden die Einzelstaaten bis 2012 insbesondere über die Neueinteilung der Kongressdistrikte, bei denen immer auch parteipolitische Gesichtspunkte eine Rolle spielen (*gerrymandering*).

Die Republikaner gewannen in den Wahlen 2010 zu den Parlamenten der Einzelstaaten knapp unter 700 Sitze hinzu. Sie kontrollieren damit nun in 29 Staaten die Legislativen und stellen in 20 Staaten hiervon auch den Gouverneur.

Für die Repräsentantenhauswahlen 2012 können sie sich deshalb einen Sondervorteil in der Verteidigung ihrer Sitzmehrheit verschaffen, während sich die Position der Demokraten, von einigen wenigen Lichtblicken abgesehen, zumindest in dieser Hinsicht merklich verschlechtert hat.

10. Republikaner und Demokraten bestimmen Fraktionsführungen

Nach den *Midterm Elections* und dem erdrutschartigen Wahlsieg der Republikaner im Repräsentantenhaus (siehe Punkt 7) haben die Fraktionen im Repräsentantenhaus und im Senat ihre Führungspositionen für den 112. Congress besetzt.

Das Hauptaugenmerk richtete sich auf die zukünftige republikanische Mehrheitsfraktion im Repräsentantenhaus, die am 17. November ihren bisherigen *Minority Leader John A. Boehner (R-Ohio)* für das Amt des Speaker in der 112. Legislaturperiode nominiert hat. Die Entscheidung fiel ohne Gegenstimmen und unterstreicht die Geschlossenheit der republikanischen Fraktion im Haus nach ihrem Wahlsieg.

Zum Führungsteam des designierten *Speaker* Boehner wird als *Majority Leader* Eric Cantor (Virginia) und als *Majority Whip* Kevin McCarthy gehören. In das Amt des *Conference Chairman* wurde Jeb Hensarling (Texas) gewählt. Die Aufgabe des *Policy Committee Chairman* übernimmt Tom Price (Georgia).

Die Geschlossenheit der republikanischen Führung im Repräsentantenhaus sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass der gemäßigt konservative Boehner und sein Führungsteam vor einer schwierigen Führungsaufgabe steht, da mehr als ein Drittel seiner Fraktion aus neu gewählten Mitgliedern (*Freshmen*) besteht, die zum Teil der *Tea Party*-Bewegung nahestehen und durchaus bereit sein könnten, ihre Fraktionsführung in Fragen der Steuer- und Haushaltspolitik offen herauszufordern.

Entsprechend verständigte sich die Fraktion unter Führung von Boehner darauf, zwei Führungsstellen im *Steering Committee* der Fraktion mit *Freshmen* zu besetzen und zwar Joe Heck (Nevada) und Todd Rokita (Indiana). Darüber hinaus wurde Diane Black als *Freshmen Representative* im *Policy Committee* der Fraktion gewählt.

Die demokratische Minderheitsfraktion im 112. Congress wählte die bisherige *Madam Speaker* Nancy Pelosi (California) mit 150 zu 43 Stimmen zum *Minority Leader*, nachdem sich auch Heath Shuler (North Carolina) von der konservativen *Blue Dog Coalition* um die Fraktionsführung beworben hatte.

Zwar konnte Pelosi sich deutlich durchsetzen, die Gegenkandidatur unterstreicht jedoch die Unzufriedenheit vieler in der Fraktion mit der Führungsleistung Pelosis, die von den *Blue Dogs* mit für die empfindliche Wahniederlage der Demokraten im Repräsentantenhaus verantwortlich gemacht wird.

Als *Minority Whip* oder Fraktionsgeschäftsführer wird bei den Demokraten im Repräsentantenhaus der derzeitige *Majority Leader* Steny Hoyer (Maryland) fungieren. Zu seinem Stellvertreter wurde James E. Clyburn (South Carolina) gewählt. Das Amt des *Caucus Chairman* übernimmt John B. Larson (Connecticut).

Im Senat wurde der bisherige *Majority Leader* Harry Reid (Nevada) von seiner Fraktion im Amt bestätigt, nachdem es den Demokraten trotz erheblicher Verluste in den Senatswahlen gelungen war, ihre Mehrheit knapp zu behaupten (vgl. Punkt 8). Als *Majority Whip* der Demokraten fungiert im 112. Congress erneut Richard J. Durbin (Illinois) und als *Policy Chairman* Charles E. Schumer (New York).

Die Minderheitsfraktion im Senat belässt es bei ihrem Führungsteam um *Minority Leader* Mitch McConnell (Kentucky), *Minority Whip* Jon Kyl (Arizona) und *Policy Committee Chairman* John Thune (South Dakota).

Neuerscheinung:

Söhnke Schreyer/Jürgen Wilzewski (Hg.): Weltmacht in die Krise. Die USA am Ende der Ära George W. Bush. Trier: WVT 2010.

Der 468 Seiten umfassende Band beschäftigt sich unter anderem mit der Sozialpolitik (Christian Lammert, Berlin), der Immigrationspolitik (Uwe Wenzel), der Wirtschafts- und Finanzpolitik (Danko Knothe, Halle/Erfurt), dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus (Martin Kahl, Hamburg), den deutsch-amerikanischen Beziehungen (Alexander Höse, Köln), der Non-Proliferationspolitik (Matthias Dembinski, Frankfurt am Main), der Nahostpolitik (Lars Berger, Manchester), der Außenhandelspolitik (Stormy Mildner, Berlin) und dem Umgang mit den Vereinten Nationen (Andrea Liese, Berlin) am Übergang von der Präsidentschaft George W. Bushs zur Präsidentschaft Barack Obamas.

Er kann direkt im Buchhandel oder auch online über die **Atlantische Akademie Rheinland-Pfalz** (Softcover 32,50 €; Hardcover 41,50 €) bestellt werden (<http://www.atlantische-akademie.de>).



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

<http://www.sowi.uni-kl.de/wcms/427.html>